



Jagdgebrauchshundverband e.V.

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. - Jagdkynologische Vereinigung

JGHV- LV RLP e.V. * Carl Heinrich-Grube 1 * 56218 Mülheim-Kärlich

An den
Herrn Ministerpräsidenten
Alexander Schweitzer
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Vorsitzender
Manfred Marschall

56218 Mülheim-Kärlich
Carl Heinrich-Grube 1
Telefon 02630-2239
Telefax 02630-944117
Email info@jkv-rlp.de
Handy 0151-10848053

Offener Brief

Mülheim-Kärlich, den 03.06.2025

„Tierschutzgerechte Ausbildung unserer Jagdhunde darf nicht ideologischen Verboten geopfert werden“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Alexander Schweitzer,
sehr geehrte Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger unseres Landes,

mit großer Sorge beobachten wir, dass die Landesregierung im Rahmen der geplanten Novel-
lierung des Landesjagdgesetzes ein pauschales Verbot der Ausbildung von Jagdhunden an
vorübergehend flugunfähig gemachten Enten anstrebt – dies entgegen der eindeutigen Emp-
fehlung des Landestierschutzbeirats und der Beteuerung, zumindest einer Erprobung dieser
Methode zuzustimmen, wenn der Landestierschutzbeirat zustimmt.

Diese Form der Ausbildung – wissenschaftlich begleitet und unter streng kontrollierten Bedin-
gungen durchgeführt – wurde vom Landestierschutzbeirat mit großer Mehrheit ausdrücklich
als tierschutzgerecht befürwortet. Sie dient dem Schutz von Tier und Umwelt gleichermaßen,
denn eine mangelhafte Ausbildung von Jagdhunden führt in der Praxis zu vermeidbarem Tier-
leid bei der Jagdausübung. Die sogenannte „Professor-Müller-Methode“ verfolgt das Ziel, Hun-
den in der Ausbildung die notwendigen Fähigkeiten beizubringen, um bei der Jagd verletzte
Tiere sicher zu finden und tierschutzgerecht zu bergen.

Dass diese fundierte Empfehlung nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde, ist nicht nur fachlich unverständlich, sondern wird in der Jägerschaft als Wortbruch und Missachtung tierschutzpraktischer Kompetenz empfunden. Wir haben diese Bedenken bereits mit Schreiben vom 22. Mai 2025 an Sie, Herr Ministerpräsident, übermittelt – bis heute haben wir darauf keinerlei Antwort erhalten.

Diese ausbleibende Reaktion werten wir als Ausdruck politischer Ignoranz gegenüber einem zentralen Tierschutzanliegen. Da in anderen Bundesländern eine tierschutzgerechte Ausbildung unter kontrollierten Bedingungen und in enger Abstimmung mit den Veterinärbehörden möglich ist, wäre das auch in Rheinland-Pfalz ein gangbarer Weg. Stattdessen lagert man in Rheinland-Pfalz die Umsetzung des Tierschutzgedankens bei der Ausbildung und Prüfung geeigneter Jagdhunde in andere Bundesländer und das benachbarte Frankreich aus.

Wir fordern Sie daher nachdrücklich und öffentlich auf, Ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden:

Setzen Sie das um, was uns zugesagt wurde! Verzichten Sie auf ein unsinniges tierschutzwidriges Verbot und unterschreiben Sie die mit dem Landestierschutzbeirat abgesprochene „Mainzer Vereinbarung“.

Achten Sie die Fachkompetenz der tierschutzkundigen Mitglieder des Landestierschutzbeirats, wenn es nach der verabredeten Erprobung darum geht, für unser Bundesland eine dauerhafte Lösung zu finden.

Hören Sie auf jene, die Hunde ausbilden und führen! Nehmen Sie unsere Expertise ernst und treten Sie mit uns in einen konstruktiven Dialog.

Tierschutz ist nicht teilbar – Jagd ohne brauchbaren Hund ist Schund!

Für den JGHV-Landesverband RLP e.V.

Manfred Marschall

